



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Martin Böhm, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

### **Entsorgungsproblematik von Windkraftanlagen frühzeitig begegnen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen schriftlichen und mündlichen Bericht über zukünftige Entsorgungskonzepte und die dabei anfallenden Kosten für Verbundwerkstoffe oder sonstige schwer verwertbare Materialien aus der Windkraftindustrie vorzulegen.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie viele Windkraftanlagen (WKA) fallen in den nächsten zehn Jahren in Bayern aus der EEG-Förderung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) und müssen rückgebaut werden?
- Wäre die Wirtschaftlichkeit dieser WKA nach Ablauf des Förderzeitraums grundsätzlich überhaupt noch gegeben?
- Welche Arten an schwer oder nicht verwertbaren Stoffen fallen beim Rückbau von WKA an?
- Welche Mengen an schwer oder nicht verwertbaren Stoffen fallen in den nächsten zehn Jahren durch den Rückbau von WKA an?
- Welche Entsorgungskonzepte hat die Staatsregierung für diese Materialien vorgesehen?
- Wie hoch schätzt die Staatsregierung die Kosten für die Entsorgung oder Beseitigung dieser Reststoffe?
- Sind die Rücklagen der Betreiber für den Rückbau und die Entsorgung der bestehenden WKA ausreichend kalkuliert?
- Wie viele Betreiber könnten aufgrund fehlkalkulierter Kostenrahmen für den Rückbau und die Entsorgung ihrer Anlagen in eine wirtschaftliche Schieflage geraten?

### **Begründung:**

Zum 31.12.2020 werden alle Erneuerbare-Energien-Anlagen, die vor oder ab dem Jahr 2000 in Betrieb genommen wurden, ihren Förderanspruch verlieren.

Obwohl ältere Anlagen bereits abgeschrieben sind, bleibt es laut einer Studie der „Deutsche WindGuard“ unklar, ob sich insbesondere Windkraftanlagen auch weiterhin über den Markt finanzieren können. Aufgrund niedriger Börsenstrompreise könnte ein Weiterbetrieb nach dem Ende des Vergütungsanspruchs in vielen Fällen unwirtschaftlich werden.

Die Entsorgungsproblematik veralteter, wirtschaftlich unrentabler oder defekter Windenergieanlagen stellt Betreiber und Abfallwirtschaft schon heute vor große Herausforderungen. In vielen Fällen wird deshalb der Weiterverkauf in Drittstaaten der aufwändigen und kostenintensiven Entsorgung vorgezogen.

Ausrangierte Windenergieanlagen der ersten Generation können oftmals nach Russland, Kasachstan und andere Staaten der ehemaligen Sowjetunion verkauft und dort re-installiert werden. Dies gilt jedoch nicht für neuere Anlagen, deren technische Komplexität einen Ab- und Wiederaufbau in Drittstaaten erheblich erschweren und in den meisten Fällen gänzlich unwirtschaftlich machen. Zudem zeichnet sich für die kommenden Jahre eine Marktsättigung bei den jetzigen Abnehmerstaaten ab, die den Weiterverkauf weiter erschweren dürfte.

Die Entsorgungsproblematik wird also auf lange Sicht weiter zunehmen. Insbesondere die Verbundstoffe in den Rotorblättern lassen sich derzeit nur schwer bis gar nicht recyceln, was auch aus umwelttechnischer Sicht Probleme aufwirft. In Bayern stehen derzeit mehr als 1 100 Windkraftanlagen, für deren zukünftige Entsorgung bislang noch keine tragfähigen Lösungen von Seiten des Wirtschafts- oder Umweltministeriums vorliegen. Und das obwohl sich die Entsorgungsproblematik ab spätestens 2025 zu einem Kernthema entwickeln dürfte. Denn laut dem Bundesverband WindEnergie wird bis dahin deutschlandweit mit einem Abriss von 1 000 bis 2 500 Windenergieanlagen im Jahr gerechnet, was einer durchschnittlichen Müllmenge von 140 000 Tonnen alleine durch Rotorblätter entspräche.

Angesichts der Tatsache, dass sich in Deutschland bislang nur ein einziges Unternehmen auf das Recycling von Rotorblättern spezialisiert hat, scheint eine Reduzierung des Windkraftausbaus das einzige Mittel, um die Gefahr einer künftigen Umweltkatastrophe zumindest abzumildern. Solange keine ausreichenden Entsorgungskapazitäten zur Verfügung stehen, gleicht ein weiterer ungebremster Ausbau der Windkraft einem ökologischen Desaster. Zumal die hohen Entsorgungskosten von geschätzten 30.000 Euro pro Windrad weitere wirtschaftliche Risiken für die Betreiberfirmen beinhalten, die jetzt noch nicht in ihrer Wirkung abgeschätzt werden können, solange keine zuverlässigen Studien zu diesem Thema vorliegen.